



10 Jahre nach der Finanzkrise: Honduras

Im September 2018 jährt sich der Konkurs der Bank „Lehman Brothers“ und damit der Beginn der schwersten Finanzmarktkrise seit 1929 zum zehnten Mal. Seit dieser Krise leben Menschen auf der ganzen Welt unter dem Eindruck, die Folgen dieser Krise und die mit ihr eingetretenen Veränderungen bewältigen zu müssen. Kurzfristige Arbeitsverträge, Arbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und schwerere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine Unternehmen sind Herausforderungen, mit denen Menschen auf allen Kontinenten zu kämpfen haben. Gesprochen wird dabei zumeist nur über Europa und Nordamerika, doch wie steht es um den Rest der Welt? Wie haben die Länder des Globalen Südens die Auswirkungen der Finanzkrise verkraftet und sind die sowieso schon armen Bevölkerungsteile vergessene Leidtragende? SÜDWIND hat sich beispielhaft mit der gesellschaftlichen und politischen Situation einiger Länder im Globalen Süden auseinandergesetzt, um Antworten auf diese Fragen zu finden und um zu zeigen, dass eine unbedachte Deregulierung der Finanzmärkte im Norden die Armutssituation der Menschen im Süden erheblich verschärft.

Honduras in Zahlen:

Bevölkerung: 9 Millionen (2017)

Bevölkerungsdichte: 82 Menschen pro km² (2017),
Vergleich Deutschland: 237 pro km²

BIP: 22,98 Milliarden US-Dollar (2017)

BIP pro Kopf: 2.480 US-Dollar (2017)
Vergleich Deutschland: 44.469 US-Dollar (2017)

BIP-Wachstum: 4,79 % (2017)

HDI-Rang: 0.625 – entspricht dem Platz 130 von 188 (2015) (Der Human Development Index zur Berechnung der menschlichen Entwicklung berücksichtigt neben dem BIP auch die medizinische Versorgung, den Bildungsstand und die Situation der Frauen in einem Land)

Quellen: World Bank Data 2018; UNDP, 2017

Honduras und die chronische Krise

Als die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise Honduras trafen, befand sich das Land schon seit längerer Zeit in einer chronischen Wachstumskrise. In den letzten Jahrzehnten betrug das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum circa 3,5 %. Tatsächlich bräuchte das Land, um trotz steigender Einwohnerzahlen eine Verbesserung in den Lebensbedingungen der Bevölkerung zu erreichen, rechnerisch mindestens ein Wachstum von 7,5 %. Es besteht daher sowieso schon eine Diffe-

renz zwischen der tatsächlichen Entwicklung der Wirtschaft und damit neu entstehenden Arbeitsplätzen und dem eigentlichen Bedarf daran. Die Wirtschaftskrise 2008 hat diese Discrepanz noch einmal deutlich verstärkt, denn im Jahr 2009 sank das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf -2,43%. Die schwierige sozioökonomische Lage des Landes hat sich binnen kürzester Zeit noch einmal deutlich verschärft.



Honduras war bereits vor der Krise das Land mit der höchsten Armutsrate auf dem gesamten nordamerikanischen Kontinent. Allerdings hatten sich mit Beginn der HIPC-Initiative zur Schuldenentlastung hochverschuldeter armer Länder im Jahr 2005 die Armutszahlen im Land beständig verringert. Zwischen den Jahren 2005 und 2009 sank die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen von rund 2 Mio. (40 %) auf 1,1 Mio., was weniger als 25 % der Bevölkerung entspricht. Mit dem Einsetzen der Finanzkrise in Honduras kehrte sich diese Entwicklung wieder ins Negative um. Die absolute Armutsrate stieg bis zum Jahr 2012 auf 35 % und blieb seitdem auf diesem Niveau. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen spricht für das Jahr 2016 sogar davon, dass mittlerweile 65,7 % der Menschen in Armut und 42,5 % in absoluter Armut leben. Der durch die Krise steigende finanzielle Druck auf das kleine mittelamerikanische Land führte aufgrund fehlender Geldmittel zu einer Umkehr der durch staatliche Programme erreichten Erfolge in der Armutsbekämpfung, die noch heute anhält. Honduras hat sich mit Blick auf die Armutszahlen nie von den Auswirkungen der Finanzkrise erholt. Der wachsende Anteil an Armen an der Gesamtbevölkerung ist ein Charakteristikum der seit der Krise wieder steigenden Ungleichheit im Land.

Die Finanzkrise bedeutete das finanzielle Aus für die Sozialprogramme des Landes. Zwar wollte die Regierung unter Staatspräsident Zelaya diese Maßnahmen weiterführen, jedoch entgegen des heftigen Widerstandes der politisch einflussreichen Oberschicht in Honduras. Sie verlangten die Einstellung der sozialen Förderung und eine Abschaffung des Mindestlohns, der von Zelaya kurz vorher erhöht worden war. Unter anderem an diesem Streit entzündete sich ein politischer Konflikt, der 2009 schließlich in einem Putsch gegen den Präsidenten und seine vorläufige Flucht außer Landes mündete. Die Finanzkrise traf Honduras also nicht nur in ei-



ner Zeit wirtschaftlicher Fragilität, sondern ganz klar auch inmitten politischer Spannung und verschärft beides in einem Maße, dass es zu einem Regierungsumsturz kam.



Durch die Entschuldung Honduras sollte der dortigen Wirtschaft die Möglichkeit zur Erholung und zu stärkerem Wachstum gegeben werden. Die Finanzkrise war einer der wichtigen Faktoren, warum dies nicht funktionierte. Die Krise machte sich in Honduras durch einen Rückgang der Exporte, den Abzug von ausländischen Investitionen, steigenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt und in besonderem Maße einem Rückgang der Heimatüberweisungen von ArbeitsmigrantInnen (sog. „remittances“) bemerkbar. Zu einer direkten Übertragung durch Wertpapiere, die auf nicht rückzahlbaren Hypotheken in den USA basierten, kam es nicht, da die kleinen finanzschwachen honduranischen Banken keine Anteile an diesen Finanzinstrumenten besaßen und nur wenige Finanzverbindungen zu den USA bestehen.

Die USA sind jedoch der wichtigste Handelspartner für herkömmliche Güter. Rund 64% der Exportwaren wurden im Jahr 2008 in die USA verkauft und 85 % verließen den nordamerikanischen Kontinent nicht. Honduras ist davon abhängig, in



großen Mengen vor allem traditionelle Exportprodukte mit geringer Wertschöpfung wie Kaffee, Bananen, tropische Früchte, Palmöl und andere Lebensmittel an die Länder in der Umgebung abzusetzen.



Die einzige Ausnahme sind Textilprodukte, die in „Maquilas“ genannten Betrieben unter schlechten Arbeitsbedingungen produziert werden. Die Agrarwirtschaft und auch neuere Wirtschaftsbereiche wurden von sinkenden Exportzahlen in Schwierigkeiten gebracht, weil die Nachfrage nach den verschiedenen Produkten in den üblichen Zielländern aufgrund der Krise stark sank. Im Fall von Honduras war es auch nicht möglich, spontan alternative Märkte zum Beispiel in China aufzutun und Exporte dorthin zu verschieben.



Obwohl die Nachfrage sich nach der Krise schnell wieder erholte, hat die Exportstruktur Honduras stark darunter gelitten. Die Investitionspolitik vieler Großgrundbesitzer, Banken und Investoren hat sich verschoben. Agrarbetriebe mussten schließen, was deutliche Auswirkungen auf die seit der Krise wieder kontinuierlich steigenden Arbeitslosenzahlen hat. Aufgrund der im Rahmen der Krise ebenfalls stark gestiegenen Rohstoffpreise gerade für Treibstoff und der Tatsache, dass Honduras nicht selbst über Vorkommen fossiler Energieträger verfügt, kam bei Spekulanten und Investoren die Idee auf, alternative Energien zu finanzieren. Viele GrundbesitzerInnen und PlantageneigentümerInnen, die vor der Krise Bananen und Kaffee anbauten, nutzen die vorhandenen Flächen mittlerweile lieber für Solar- und Windkraftanlagen. Auch die Zahl der Wasserkraftwerke steigt. Es kam generell

zu einem Umdenken in der Investitionspolitik, das bis heute anhält und die Wirtschaft verändert.

Der Trend hin zu alternativen Energiequellen bedeutet zwar erstmal eine positive Entwicklung im Sektor der regenerativen Energien und geringere Abhängigkeit von Ölimporten,



gleichzeitig führte er dazu, dass große Mengen an Arbeitsplätzen für Niedrigqualifizierte wegfielen und ehemalige LandarbeiterInnen in der Existenz bedroht sind.

Heimatüberweisungen in der Krise

Besonders schwerschwiegend für Honduras waren in den Krisenjahren der Rückgang der Heimatüberweisungen (engl. „remittances“) von ArbeitsmigrantInnen. Nach Angaben der Weltbank steht Honduras an zehnter Stelle der Länder mit den meisten Remittance-Zuflüssen. Bis zur Finanzkrise im Jahr 2008 ging man davon aus, dass die Heimatüberweisungen stabile und konstante Geldströme in die Herkunftsländer der MigrantInnen darstellen. Aus der Krise hat man gelernt, dass die Höhe und Entwicklung der Heimatüberweisungen eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Senderländern zusammenhängt. Während zum Höchststand 2006 Heimatüberweisungen in Höhe von 21,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach Honduras flossen, sank der Wert nach der Krise rapide auf 15,7 % im Jahr 2012.



Dass die Remittances um 6 % eingebrochen sind, lag an den Auswirkungen der Krise auf die AbsenderInnen. Üblicherweise wandern ArbeitsmigrantInnen aus Honduras wenn möglich in

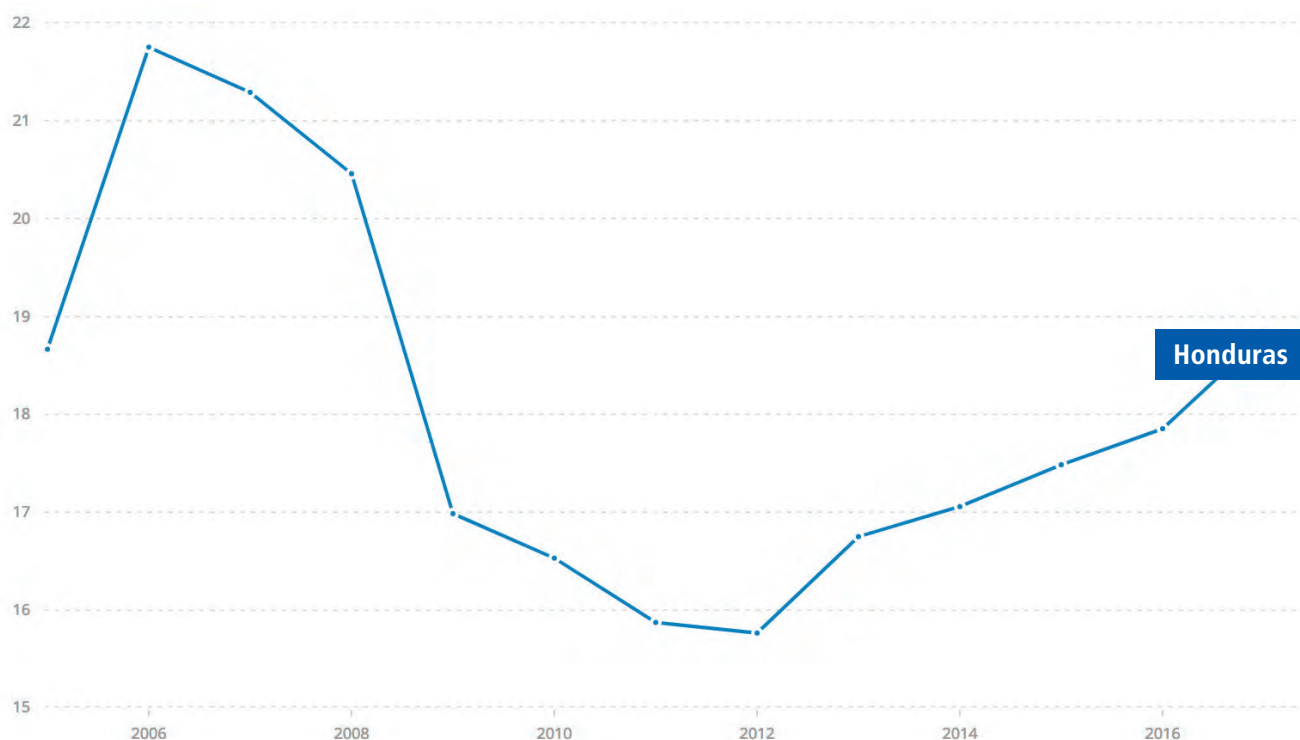
die USA aus und finden dort häufig Anstellungen im Bereich der Bauindustrie. Dieser Wirtschaftssektor hatte ab 2007 aber gerade durch die in den USA krisenauslösende Immobilienblase mit großen Schwierigkeiten – bis hin zu einem generellen Baustopp – zu kämpfen. Dies führte zu einem ganz erheblichen Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften in diesem Bereich mit weitreichenden Konsequenzen für ArbeitsmigrantInnen, die keine Jobs mehr fanden. Hinzu kommt, dass viele der offiziell anerkannten MigrantInnen teure Kredite aufgenommen hatten, um sich beispielsweise eine Wohnung

zu kaufen. Nach dem Platzen der Spekulationsblase standen also besonders auch viele MigrantInnen aus Mittelamerika vor dem Ruin, weil ihr Eigenheim in der Krise zwangsvollstreckt wurde. Die MigrantInnen konnten unter diesen Umständen natürlich weniger oder gar keine Finanzierungshilfen mehr an die Verwandtschaft in Honduras schicken.



Auf das Geld sind gerade die ärmsten Teile der Bevölkerung allerdings dringend angewiesen, um ihr knappes Einkommen damit aufzubessern und wichtige Ausgaben zum Beispiel für Gesundheit durch den Kauf von Medikamenten und für Bildung durch die Anschaffung von Lernmaterialien und die Bezahlung der Schulgebühren tätigen zu können. Schon ein kleiner Zeitraum ohne den Zugang zu medizinischer Versorgung kann schlimme Konsequenzen für Kranke, Kinder und ältere Menschen haben. Ebenfalls dramatisch sind die Folgen für Kinder, die ihren Schulbesuch abbrechen müssen, um die Familie zu unterstützen, weil das Geld nicht reicht. Verlässt ein Kind die Schule für einige Zeit, besteht nur eine geringe Chance, dass es seinen Bildungsweg in der Zukunft wieder aufnehmen wird.

„Heimatüberweisungen“ nach Honduras 2005-2017 (in % des BIP)



Quelle: <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.DT.GD.ZS?end=2017&locations=HN&start=2005>



Die Zukunftschancen für diese Kinder, die ganze Familie und die Gesellschaft allgemein werden so deutlich geschmälert. Zwar begannen die Heimatüberweisungen fünf Jahre nach der Krise wieder zu steigen, liegen aber mit einem Wert von 17,9 % des BIP im Jahr 2016 immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Viele bedürftige Familien in Honduras müssen seit der Krise also ohne oder mit deutlich weniger Unterstützung ihren Lebensunterhalt bestreiten, was natürlich die Lebensqualität senkt und die Armut weiter wachsen lässt.

Neben den eben beschriebenen ArbeitsmigrantInnen, die Heimatüberweisungen tätigen, gibt es allerdings auch wohlhabendere HonduranerInnen, die aus den USA Remittances in Form von Investitionen in ihr altes Heimatland überweisen. Ein großer Teil des aus dem Ausland investierten Kapitals nach Honduras stammt aus diesen Quellen, da das Land für Investoren wenig attraktiv ist. HonduranerInnen allerdings haben teilweise großes Interesse daran in ihrem Heimatland wirtschaftlich etwas aufzubauen und Entwicklung mit zu finanzieren.



Allerdings brachen auch diese Direktinvestitionen ein, weil die Finanziere selbst in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren oder sie durch die Turbulenzen auf dem Weltmarkt und einem steigenden Investment-Risiko abgeschreckt wurden und ihre Gelder abzogen. Das Ausbleiben beziehungsweise der Abzug von großen Mengen an Investitionskapital löste in Honduras eine eigene kleine Bankenkrise im sowieso schwachen Finanzsektor aus. Viele Banken mussten schließen, Kredite für kleine Unternehmen und Privatpersonen wurden deutlich teurer oder waren gar nicht mehr zu haben. Dies wirkte sich auch negativ auf die Heimatüberweisungen der ArbeitsmigrantInnen aus. Diese laufen über so genannte Korrespondenz-Banken in den Empfängerländern. Wenn allerdings das Netz an Finanzdienstleistern wie im Falle von Honduras stark zusammenschrumpft, steigen auch die Kosten für Transaktionen was die Verluste für die Empfänger von Remittances nochmal erhöht.

Nach der Krise

Die Antwort der honduranischen Regierung auf die Krise war von neoliberalen Denkweisen geprägt. Die Folgen der Krise im Land wurden nicht durch staatliche Maßnahmen gebremst, wie es zum Beispiel in Paraguay oder Argentinien erfolgreich umgesetzt wurde. Die sozialen Maßnahmen der damaligen Regierung scheiterten am starken Widerstand der politischen Eliten. Inmitten der Krise und des Putsches hat die Interimsregierung nichts zur Abfederung der Krisenauswirkungen unternommen, die Agenda der Armutsbekämpfung wurde gänzlich und ersatzlos gestrichen. Der Gegenentwurf sah vor allem vor, der Bevölkerung zu vermitteln, man müsse jetzt durchhalten um später wirtschaftlich gestärkt aus der Krise hervorzugehen.



In dieser Situation wuchs in Honduras die Schattenwirtschaft und der Drogenhandel massiv an. Honduras ist ein Transitland und Brückenkopf vor allem des Transports von Kokain von Südamerika (Venezuela, Kolumbien, etc.) in die USA. In Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Krise, in denen der Druck auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen immer weiter steigt, bieten diese illegalen Einkommensmöglichkeiten einen vermeintlichen Ausweg aus der Armut. Unter diesem Anstieg der organisierten Kriminalität leidet das Land bis heute.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Honduras von den USA ist nach wie vor in großem Maße vorhanden. Das Sprichwort „wenn die USA husten, bekommt Mittelamerika Grippe“ beschreibt diesen Zustand treffend. Die Verschärfung der Migrationspolitik durch die Regierung Donald Trumps wird die Situation tendenziell noch verschlimmern, weil die für Hon-



duras wichtigen Heimatüberweisungen gefährdet werden. Obwohl Honduras kaum über ausgeprägte Finanzverbindungen in die Länder des Globalen Nordens verfügt, leidet es stark unter den dort verursachten Krisen. Es müssen endlich Lösungsstrategien gefunden werden um weitere Krisen zu verhindern und gerechtere wirtschaftliche Beziehungen im internationalen Austausch zu schaffen, denn die Armut und Not der Menschen in Honduras wird durch ein Fortsetzen der neoliberalen Agenda nicht verringert.

SÜDWIND

Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Durch Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Unternehmen oder die Beratung von EntscheidungsträgerInnen in der Gesellschaft tragen wir so zu Veränderungen bei.



Impressum
Bonn, September 2018

Herausgeber
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:
David Schwarz, Antje Schneeweiß
Redaktion und Korrektur:
Kathrin Hegger, Vera Schumacher
V.i.S.d.P.: Martina Schaub
Gestaltung: www.pinger-edon.de
Druck und Verarbeitung:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier



Wir danken Herrn Dr. Pedro Morazán für das Interview, welches die Grundlage dieser Veröffentlichung darstellt.

Literaturhinweise

- CEMLA (2017): Migración internacional, remesas e inclusión financiera. El caso de Honduras.
Gregorio, Jose de (2014): How Latin America weathered the global financial crisis. Washington D.C.
Parker, Philip M. (2006): The economic competitiveness of Honduras. Financials returns, labor productivity and international gaps. San Diego.
Sosa Iglesias, Eugenio (2017): Transformaciones en las élites económicas, Estado y el proceso de democratización y desdemocratización. El caso de Honduras, 1990-2017. In: Anuario de Estudios Centroamericanos, 43, 2017, S. 125-148.
Zamora, R. (2010): Crisis financiera internacional, migración y remesas en América Latina.

Statistiken zu Honduras:

<https://www.statista.com/topics/2904/honduras/>
<https://data.worldbank.org/country/honduras>

Gefördert durch



Evangelische Kirche
von Westfalen



Gefördert mit Mitteln von Brot für die Welt

Brot
für die Welt